

Sabine Hofmann
Ferhad Ibrahim (Hgg.)

Versöhnung im Verzug

Probleme des Friedensprozesses
im Nahen Osten

1996

BOUVIER VERLAG · BONN

Ludwig Watzal

Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß
Palästinas Weg in die Bantustanisierung?

Die revolutionäre Wende?

Die Welt atmete auf, als bekannt wurde, daß sich Israel und die PLO auf eine "Prinzipienerklärung" geeinigt hatten. Keiner der Experten hatte mit einer solchen Entwicklung gerechnet. Die Ende 1991 in Madrid eröffnete Friedenskonferenz für den Nahen Osten hatte in zehn Treffen in Washington keine konkreten Ergebnisse gebracht. Wir sind also Zeugen eines im offiziellen Sprachjargon bezeichneten Friedensprozesses, der durch die Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung" vom 13. September 1993 in Gang gesetzt worden ist und der durch die Konkretisierungen im "Gaza-Jericho-Abkommen" vom 4. Mai 1994, das "Israelisch-Palästinensische Interimabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen" vom 28. September 1995 sowie die Wahlen vom 20. Januar 1996 weitere Momente erfahren hat, aber an dessen Ende trotzdem kein souveräner Palästinenserstaat in den Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 stehen wird. Es wird zwar irgendein Gebilde geben, das eher einem Flickenteppich gleicht oder wie ein Inselreich aussehen wird und das die Palästinenser dann "Staat" nennen können, wenn sie es denn wollen. Was die Dokumente bewirkt haben, und dies ist unzweifelhaft ein großer, aber auch ambivalenter Fortschritt: Sie haben das internationale Koordinatensystem im Nahen Osten und die Bedingungen des bilateralen und multilateralen Konflikts von Grund auf verändert. In der Tat gibt es zu einem Friedensprozeß keine Alternative, und welcher Narr würde schon einem weiteren Konflikt das Wort reden wollen. Es ist jedoch legitim, kritische Einwände vorzutragen, weil dazu aller Grund besteht.

Die unterzeichneten Dokumente sind nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Erniedrigung; sie sind hochgradig asymmetrisch und ein Ausdruck dafür, daß die Palästinenser die israelischen Bedingungen akzeptiert haben. Die palästinensische Seite war es, die permanent nachgeben mußte. Die Abkommen lassen vier von sechs Millionen Palästinensern unberücksichtigt. Wer glaubt, daß

Israel bei den verbleibenden Streitfragen wie Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge u. a. nachgeben wird, sollte aufmerksam die Reden und Interviews der israelischen Politiker lesen. Für sie steht auch nach den palästinensischen und israelischen Wahlen ein Palästinenserstaat nicht auf der Nahost-Agenda. Insbesondere nach der Regierungsübernahme durch den Likud-Block, der eine chauvinistische Regierung gebildet hat, wird es für die Palästinenser sehr schwer werden, weitere Zugeständnisse von seiten der Israelis zu erhalten.

Die palästinensische Führung hat sich in eine totale Abhängigkeit von Israel gebracht. Jasir Arafat und sein Regime müssen für die Sicherheit Israels in den teilautonomen Gebieten sorgen. Die Verträge sind primär Sicherheitsabkommen. So ist es nicht verwunderlich, daß Sicherheitslogos die Vereinbarungen wie ein roter Faden durchziehen. Die Umsetzung der diversen Abkommen garantiert Israel die dauerhafte Herrschaft über die Gebiete, ohne daß das Land weiter als Besatzungsmacht erscheint; es herrscht durch palästinensische Stellvertreter. Ebenso dauert die Kolonisierung und Besetzung weiterhin an. Nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus den palästinensischen Bevölkerungszentren in der Westbank liegt die palästinensische Kontrolle über das Territorium (Gaza und die Westbank) bei knapp 30 Prozent. Nichtsdestotrotz bestimmt Israel weiterhin die Spielregeln. Das Land hat seine Vorstellungen von einem "neuen Nahen Osten" durchgesetzt, der für die Palästinenser wie folgt aussehen wird: Israel behält das Jordantal als seine Sicherheitsgrenze, annektiert die Siedlungskonzentrationen, behält das "vereinigte" Jerusalem, zieht sich nicht auf die Grenzen vor dem Juni-Krieg von 1967 zurück und verweigert den Palästinensern weiterhin das Rückkehrrecht.

Dieses Konzept der ehemaligen Peres-Regierung unterscheidet sich in nichts von den Vorstellungen der Rechten in Israel und der neuen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Deshalb kann Meron Benvenisti, ehemaliger Vizebürgermeister von Jerusalem, in ha-Arez vom 26. Oktober 1995 schreiben, daß der Unterschied zwischen beiden politischen Lagern ungefähr darin besteht, daß den Palästinensern entweder eine bedingungslose Kapitulation auferlegt oder ihnen eine etwas großzügigere Form der Kapitulation zugestanden wird. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern nur machtpolitisch "gelöst". Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist.

Der Soziologieprofessor Baruch Kimmerling schreibt dazu am 3. Januar 1996 in ha-Arez, daß dieses Abkommen (Oslo II) den berühmten Versailler Vertrag als ideal erscheinen läßt. "Die Frage einer Erneuerung des Palästinenser Aufstandes, der die Intifada wie ein Kinderspiel erscheinen lassen wird, und der - wie der Arabische Aufstand von 1937 bis 1939 - sich gegen die palästinensische Führung und gegen die wirklichen Herrscher richten wird, ist nur eine Frage der Zeit."

Wie nicht anders zu erwarten, wurden die palästinensischen Wahlen nicht nur von den Palästinensern als ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Palästinenserstaat gepriesen, sondern auch die westliche Presse intonierte diese Melodie. Wer sich die realen Machtverhältnisse im Nahen Osten ansieht, stellt schnell fest, daß die Handlungsfähigkeit Arafats und seines Parlaments vom guten Willen Israels abhängt. Arafat wurde zwar von den Palästinensern mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt, ohne aber einer sein zu dürfen. Auch das Parlament darf kein Parlament im klassischen Sinne sein, weil es kein Gesetz verabschieden darf, das einer israelischen Militärverordnung widerspricht; sie gelten auch weiterhin in den teilautonomen Gebieten. Diese Wahlen sind ein großer Rückschlag für die nationale Frage der Palästinenser, und dies stärkt Arafat in seiner autokratisch-diktatorischen Rolle. Der gewählte Rat spielt keine Rolle und hat keinerlei Befugnisse bei den bevorstehenden Verhandlungen. Die Israelis verhandeln, wenn überhaupt, nur mit Arafat und seiner PLO. Durch die Wahlen hat Arafat endlich die Legitimation, die sich die Israelis immer gewünscht haben. Er wird weitere weitreichende Konzessionen machen müssen, die er aber in seiner neuen Rolle als gewählter "Präsident Palästinas" zugesteht. Arafat kann zwar wieder einen Palästinenserstaat proklamieren, dies hatte er bereits 1988 getan, aber es ist ihm nicht gestattet, Außenpolitik zu betreiben oder die Ein- und Ausreise seiner Bevölkerung zu regeln. Auch der damalige Phantomstaat war von über 120 Staaten diplomatisch anerkannt. Die ausgestellten Reisepässe sind nur insofern benutzbar, als Israel es Palästinensern gestattet, auszureisen. Die Aus- und Einreise erfolgt nicht aufgrund des Passes, sondern hängt vom guten Willen Israels ab. Die Faktoren, die zu dieser Rolle der Palästinenser geführt haben, sollen im folgenden näher betrachtet werden.

Die Veränderungen des internationalen Umfeldes

Bereits mit der Zerschlagung der Machtbasis der PLO 1982 im Libanon mußte Arafat klar geworden sein, daß die Zukunft des palästinensischen Volkes nur in einer Zwei-Staaten-Lösung liegen konnte. Diese Einsicht brach sich 1988 in Algier offiziell Bahn, da sich hier die PLO bereits für eine Zwei-Staaten-Lösung entschieden hatte, indem sie Israel anerkannte, aber die damalige rechtskonservative Regierung unter Jizchak Schamir sich von der "Terrororganisation" PLO nicht anerkennen lassen wollte. Bereits ein Jahr später begann sich mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums das internationale System dramatisch zu verändern; keine Region blieb davon unberührt; so auch der Nahe und Mittlere Osten nicht. Mit dem endgültigen Kollaps der Sowjetunion verschwand über Nacht die zweite Supermacht von der weltpolitischen Bühne. Der Ost-West-Antagonismus wurde von einer US-Dominanz auf globaler Ebene abgelöst. Die Israel feindlich eingestellten Staaten verloren ihren Protegé und Waffenlieferanten. Ein weiteres Ereignis, das die PLO an den Rand des Ruins brachte, war der zweite Golfkrieg. In völliger Verkennung der machtpolitischen Realitäten setzte Arafat und mit ihm die meisten Palästinenser auf den Despoten von Bagdad. Für die PLO hatte dies verheerende Auswirkungen. Die reichen Ölscheichtümer drehten ihr den Geldhahn zu. Fast 400.000 Palästinenser wurden aus Kuwait und den anderen arabischen Ländern ausgewiesen.¹ Diese Entwicklung führte zu einem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Bankrott der PLO sowohl in den besetzten Gebieten als auch in der Diaspora.

Als Resultat des Golfkrieges trat in Madrid die Friedenskonferenz für den Nahen Osten zusammen. Der damalige US-Präsident George Bush konnte dafür auch die Unterstützung der arabischen Staaten erhalten, als er sich am 6. März 1991 vor dem US-Kongreß für einen "umfassenden Frieden" auf der Grundlage der UN-Resolutionen 242 und 338 und des Prinzips "Land gegen Frieden" aussprach. Diese Rede zusammen mit Bushs Brief an die Palästinenser vom Oktober 1991, in dem sich die US-Administration gegen den "Ausbau der Siedlungen" aussprach, ermöglichten es Arafat, das Exekutivkomitee der PLO für die Madrid-Formel zu gewinnen. Die Zusammensetzung der Delegation in Madrid zeigte, daß die PLO keine formale Rolle im Friedensprozeß spielte. In zehn ergebnislosen Runden schleppten sich die folgenden Verhandlung in Washington dahin. Die Schamir-Regierung hatte kein Interesse an einem Ausgleich mit den Palästinensern. Nach

seiner Abwahl im Juni 1992 gab Schamir öffentlich zu, daß er noch zehn Jahre mit den Palästinensern verhandelt hätte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Mit der Übernahme der Macht durch die Rabin/Merez-Regierung begann wieder eine realistische Phase der israelischen Politik. Obwohl die Repression von Seiten Israels und der Terror der Palästinenser erst nochmal zunahmen, wurde bereits im geheimen in Oslo verhandelt.

Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung"² waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarungen und die Konsequenzen vor Ort noch nicht kannte. Von dieser Aufbruchstimmung ist nichts mehr geblieben. Endlich, so schien es, war die Weltöffentlichkeit den leidigen israelisch-palästinensisch-arabischen Konflikt los. Von nordamerikanischer und westeuropäischer Seite überbot man sich mit finanzieller Unterstützung. Und so waren umgehend 2,4 Mrd. US-Dollar für die Zeit von 1994 bis 1998 zugesagt, und die Experten fragten sich schon besorgt, wo denn diese Summen im Gaza-Streifen nutzbringend investiert werden könnten. Deutschland gehört zu den Ländern, die sich sofort mit beträchtlichen Mitteln in den autonomen Gebieten engagierten. Mit seinen Investitionen mästet Deutschland wenigstens nicht die neu entstehende Herrschaftsschicht.³ Die meisten Investitionen laufen aber an den Autonomieinseln vorbei und fließen nach Jordanien und Israel. Welcher Unternehmer will schon in einem Gebiet investieren, das ständig abgeriegelt werden kann und weiterhin unter Besatzung steht? Wenn Arafat überhaupt Geld bekommt, dann für sein auf 70.000 Personen angewachsenes militärisch-politisches Sicherheitsestablishment, aber nicht für Investitionen zum Nutzen seines Volkes.

Im wesentlichen ist es auch bis heute bei den Zusagen geblieben. So werden im Augenblick hauptsächlich die Gelder dafür verwendet, Arafats Armee und die neuentstehende bürokratisch-militärische Klasse zu unterstützen. Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu angehtan, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Investitionsvorhaben sind genügend vorhanden, da in den Gebieten während der Besatzungszeit kaum Investitionen getätigt worden sind. Als ein Beispiel völliger Realitätsferne kann die Analyse von Kai Hafez gelten, der in der Sprache der Ökonomie konstatiert, daß sich das "Autonomiegebiet derzeit in einer konjunkturellen Abwärtsbewegung" befindet.⁴ Hat es dort bis heute jemals eine Aufwärtsbewegung gegeben? Auch liegen die enormen wirtschaftlichen Aufbau Probleme nicht nur in den unvermeidlichen "Hemmnissen der Umsetzung des Aufbauprozesses

ses", wie Hafez meint, sondern größtenteils auch in den ausgehandelten Wirtschaftsverträgen, was der Autor nicht sehen will. Ebenso hemmend ist Arafats autokratischer und selbstherrlicher Führungsstil. Er führt die Enklaven wie eine Befreiungsorganisation, d. h. er entscheidet quasi alles allein. Solange Arafat seine undurchsichtigen Führungs- und Finanzallüren nicht aufgibt, solange werden die Geldgeber zu Recht zurückhaltend mit weiteren Zusagen sein. Es ist zu hoffen, daß ihn das Parlament stärker kontrolliert und Rechenschaft von ihm verlangt. Bei Arafats gestörtem Verhältnis zum demokratischen Verfahren sollte von ihm in Sachen Demokratie nicht allzuviel erwartet werden. Eher ist zu befürchten, daß es zu einer repressiven autokratischen Herrschaft kommt. Welches sind die Konsequenzen der drei Abkommen für die Palästinenser?

Vom internationalen zum lokalen Konflikt

Nach der Unterzeichnung der Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern fragt keiner mehr nach der Relevanz des Völkerrechts in diesem Konflikt. Es sei daran erinnert, daß Israel wider das Völkerrecht fremdes Territorium besetzt hält und die einseitigen Maßnahmen Israels völkerrechtlich formal null und nichtig sind. Sowohl die Annexion Ostjerusalems und der Golanhöhen als auch die Siedlungen in den besetzten Gebieten widersprechen dem Völkerrecht. Deshalb hat auch ein Referendum - wie von Israel gewünscht - keinerlei völkerrechtlich bindende Wirkung. Da aber das Völkerrecht nur dort seine Anwendung findet, wo es von einer Macht durchgesetzt wird, wie dies im Falle des irakischen Überfalls auf Kuwait geschehen ist, braucht sich Israel keine Sorgen zu machen. Hätten die USA wirklich jemals ernsthaft gewollt, wären die UN-Resolutionen 242 und 338 umgesetzt worden. Sie hatten aber davon keine machtpolitischen Vorteile. Dagegen tun die USA alles, um die UN-Resolutionen, die den Palästinakonflikt betreffen, zu liquidieren, da es sich nach ihrer Meinung nicht mehr um einen internationalen, sondern nur noch um einen bilateralen Konflikt handelt, der in beiderseitigem Einvernehmen zu regeln ist. Was dies für die Palästinenser bedeutet, dürfte klar sein: Der machtpolitisch Schwächere hat sich dem Diktat des Stärkeren zu beugen, was auch geschieht.

Einschränkend muß noch darauf hingewiesen werden, daß auch Israel Konzessionen gemacht hat. So hat das Land erstmals nach 29

Jahren Besatzungsherrschaft ideologische und praktische Positionen geräumt, die immer als irreversibel gegolten haben. So wurde die PLO als einzig legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes anerkannt. Mit dem stark geschwächten Repräsentanten Arafat war es dann jedoch ein leichtes, diese Art Verträge auszuhandeln. Es gibt jetzt eine palästinensische "Teilsouveränität" von Israels Gnaden. Der Separationsprozeß beruht aber auf einem neuen Unterdrückungssystem, das nun die Palästinenser über ihre eigene Bevölkerung installieren, ohne das israelische wirklich losgeworden zu sein. Israel maßt sich weiterhin an, auch Palästinenser in den Autonomieenklaven zu verfolgen und Häuser zu zerstören. Die eher bedächtige "Neue Zürcher Zeitung" vom 7. Juli 1995 nennt Arafat einen "Statthalter dieses selbstverwalteten Gefängnisses". Und Arafats Sprecher, Marwan Kanafani, nennt das "erste Jahr Autonomie eine Riesenenttäuschung".

Durch die Unterzeichnung der Abkommen haben sich die Palästinenser einer für sie vorteilhaften völkerrechtlichen Position beraubt. Sie haben als Unterdrückte ihre Unterdrücker legitimiert. Zu dieser Strategie gehört auch das Votum des amerikanischen Senats, die US-Botschaft bis 1999 von Tel Aviv nach Jerusalem zurückzuverlegen. Präsident Bill Clinton ist derzeit nur noch dagegen, weil dies die arabischen Staaten als Affront betrachten würden und dies negative Auswirkungen auf den Friedensprozeß haben könnte. Das Gesetz trat ohne die Unterschrift Clintons in Kraft. Die arabischen Länder sehen die USA schon lange nicht mehr in der Rolle des "ehrlichen Maklers", was sie niemals waren. Unter Clinton haben sie diese Rolle auch sofort offen abgelegt. Eine pro-israelischere Regierung wie die augenblickliche in den USA hat es noch nie gegeben. Die USA tun auch alles, um die Europäer aus der Region fernzuhalten. Ihre Art "hands-off"-Politik ist eine Neuauflage der Monroe-Doktrin für den Nahen Osten, nach der sich die europäischen Mächte aus dieser Region herauszuhalten haben, weil dies alleiniges Interessengebiet der USA ist. Die anderen Mächte sind höchstens als Geldgeber willkommen. Politisch stören sie nur die Kreise der Pax Americana für diese Region.

Das Interimabkommen als "Meilenstein" in die Ghettoisierung?

Die Konzessionen, die die Palästinenser auch im Interimabkommen⁵ machen mußten, sprechen für die eingangs geäußerte Kapitulation der Palästinenser vor den israelischen Bedingungen. Die sieben Annexe

des "Interimabkommens" lesen sich wie ein israelisches Diktat über die Palästinenser. Jede Einzelheit ist hier den Palästinensern vorgeschrieben worden. Nach diesem Abkommen ist Arafats Autonomiebehörde jetzt nichts weiter als eine von vielen Interessengruppen, wie z. B. die religiöse israelische Schass-Partei, die mit der israelischen Regierung um jedes Zugeständnis feilschen muß. Wie Israel die Rolle Arafats sieht, zeigt folgendes Zitat: "Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser gegen den Terrorismus vorgehen", so der Generalstabschef Amnon Schahak am 24. September 1995 in Jediot Acharonot.

So haben sich die israelischen Truppen vertragsgemäß bis 22 Tage vor den Wahlen aus den Städten Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkilija, Ramallah und Bethlehem zurückgezogen. Sie bilden Zone A und werden 3,5 Prozent des gesamten Gebietes ausmachen. Selbst in dieser Zone können die palästinensischen Polizisten Israelis nicht verhaften oder einsperren, "not in any circumstances". Sie können nur nach dem Paß und den Autopapieren fragen. Bei gemeinsamen Patrouillen dürfen dies nur die Israelis. Die Zivilverwaltung wird auch auf die Palästinenser übergehen.

Nach den Wahlen beginnt Israel mit einer zweiten, umfassenderen Umgruppierung, die sich auf 18 Monate mit drei Abschnitten zu je sechs Monaten erstreckt. Zusätzliche Teile der Zone C werden in die Gewalt der Palästinenser übergehen, so daß das Gebiet unter palästinensischer Jurisdiktion nur solche Gebiete umfaßt, deren Status erst in den Schlußverhandlungen festgelegt wird, wie z. B. Siedlungen, militärische Einrichtungen etc. Eine allumfassende Lösung ist den abschließenden Verhandlungen, die formal Anfang Mai 1996 in Taba eröffnet worden sind, vorbehalten. Die Kontrolle über das Wasser wird Israel nicht abgeben; eine Regelung bleibt bis zu den Verhandlungen über den endgültigen Status offen. Es gab keine Rückgabe von Wasserquellen. In einem Dreier-Ausschuß soll über die Erschließung neuer Wasserquellen in der Westbank verhandelt werden.

Wichtig sind die Sicherheitskräfte zur Verhinderung von "Terrorismus und Gewalt". Sie sollen für die Westbank 12.000 Mann umfassen, insgesamt inklusive Gaza 30.000. Auch hier werden die Israelis den Palästinensern die Hand führen. Es wurde ein gemeinsamer Sicherheitsausschuß eingerichtet, der die Maßnahmen zwischen der palästinensischen und der israelischen Polizei koordiniert.

Hebron bildet einen Sonderfall. Für die Sicherheit der etwas über 400 Siedler ist ausschließlich Israel zuständig. Die militärische Kon-

trolle in der Stadt wird zwischen Palästinensern und Israelis aufgeteilt. Nur in einem Gebiet, das gesondert ausgewiesen ist, haben die Palästinenser alleinige Autorität; für alle anderen Gebiete müssen sie die Zustimmung des gemeinsamen Ausschusses einholen. Die übergreifende Sicherheit wird weiterhin von Israel geregelt. Selbst wenn das separate Straßensystem für die Siedler fertiggestellt sein wird, zieht sich das israelische Militär aus Hebron nicht zurück. Dieses separate, 400 km umfassende Straßensystem wird für das gesamte Westjordanland errichtet. Warum baut man es, wenn man sich nach Abschluß der Statusendverhandlungen angeblich zurückziehen will? Die sogenannten "Friedensstraßen" dürfen nur in eingeschränktem Maße oder auch gar nicht von Palästinensern benutzt werden. Sollte dies zutreffen, so existieren neben ethnisch reinen Siedlungen auch ethnisch reine Straßen!

In der sogenannten B-Zone liegen zirka 430 Kleinstädte und Dörfer. Die Zivilverwaltung wird an die Palästinenser übergeben. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleiben bei Israel, nur was ausschließlich die Palästinenser betrifft, kann die palästinensische Polizei allein entscheiden. Sie bewegt sich auf den Straßen der Westbank ohne israelischen Verkehr frei, auf allen anderen Straßen bedarf es der israelischen Genehmigung.

In der sogenannten Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil der Westbank betrachtet Israel als Staatsland. Das Interimabkommen mit seinen Autonomieinseln kann von Israel jederzeit außer Kraft gesetzt werden, da Israel die Macht und das Recht hat, jede Enklave völlig abzuriegeln, was bei jeder sich bietenden Gelegenheit geschieht. Dann können die Palästinenser z. B. ihre Inseln "Ramallah" oder "Kalkilija" nicht verlassen, wie nach den Terroranschlägen im März 1996 zu beobachten war. Das ist eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor den Abkommen, als sich die Menschen wenigstens frei in der abgeriegelten Westbank bewegen konnten. In dieser Zone werden nur solche Verantwortlichkeiten auf die Palästinenser übertragen, die nicht den endgültigen Statusverhandlungen vorbehalten sind.

Wie sich die tatsächliche Situation der Palästinenser darstellt, beschreibt Meron Benvenisti in *ha-Arez* vom 14. Dezember 1995: "Der Rückzug der IDF-Streitkräfte aus den Städten und den umliegenden Dörfern hat die Lage nicht verändert. Die wichtigsten Merkmale

der Besetzung sind noch vorhanden, und die erzielte Unabhängigkeit in den Gemeinden geht einher mit einer noch größeren Unterdrückung. Die augenblickliche Lage ist für die israelische Regierung bequemer."

Nach dieser Einschätzung ist es völlig unverständlich, warum das Interimabkommen von palästinensischen Kommentatoren als "Meilenstein" gepriesen wird. Arafat hat Israel bereits im "Gaza-Jericho-Abkommen"⁶ in Artikel 22 und nochmals im "Interimabkommen" in Artikel 20 einen "Persilschein" dahingehend ausgestellt, daß das Land für die verursachten Schäden während seiner Besatzungszeit nicht verantwortlich und haftbar gemacht werden kann. So heißt es in beiden Abkommen gleichlautend: "Die Übergabe von Befugnissen und Verpflichtungen von der israelischen Militärregierung und seiner Zivilverwaltung auf den Rat - wie im Anhang III ausgeführt - schließt alle verwandten Rechte, Haftungen und Verpflichtungen ein, die sich in bezug auf Akte und Unterlassungen ergeben, die vor der Übertragung passiert sind. Israel wird aufhören, irgendwelche finanziellen Verpflichtungen zu tragen, die solche Akte und Unterlassungen betreffen, und der Rat wird alle finanziellen Verpflichtungen dafür und für sein eigenes Funktionieren übernehmen."

Die angestrebte Kantonisierung erinnert fatal an "südafrikanische Homelands", die zwar formal Symbole der Autorität besaßen, aber Marionetten-Regime Südafrikas waren. Arafat ist eine Liaison mit der früher herrschenden Notablen-Schicht eingegangen. So setzt er auch eigenmächtig Stellvertreter ein, die in seinem Sinne für Ruhe und Ordnung sorgen. Eine solche Bantustanisierung ist bereits von weitblickenden Israelis und Palästinensern wie Meron Benvenisti, Azmi Bishara, Edward Said, Roni Ben Efrat u. a. vorausgesagt worden. "In the meantime we've become at best a Bantustan and at worst an Israeli protectorate. Arafat has become a parody of a Latin American dictator", so Edward Said in der Los Angeles Times vom 20. Oktober 1994.

Wie irrelevant das Interimabkommen ist, wurde bereits durch einen Kommentar von Meron Benvenisti in ha-Arez vom 6. Juli 1995 deutlich gemacht: "Die Bezeichnung der Situation in den Gebieten als 'Besetzung' beruht auf mehreren Bedingungen, und zwar auf der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, der Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, des Gebrauchs des meisten Wassers durch Israel, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, des bürokratischen Terrorismus, der brutalen Gewalt und der totalen Unterdrückung jeg-

licher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des Interimabkommens ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden 'israelische Verbindungsoffiziere' hinter den palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, gerade wie es im Gaza-Streifen geschieht." Benvenisti bezeichnet das "Interimabkommen" als "Kapitulationsabkommen". Nach ihm werden die Westbank und der Gaza-Streifen ethnisch und nicht geographisch definiert.

Keine Siedlungen wurden aufgelöst; sie sind exterritorial. Neben den Palästinensern leben in ethnisch reinen Dörfern weiter israelische Siedler, für die israelisches Recht gilt. Die Palästinenser haben über israelische Bewohner keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt. So hat die Arafat-Behörde über 45 Prozent des Gaza-Streifens keine Verfügungsgewalt. Zirka 4.500 israelische Siedler tummeln sich auf dem gleichen Gebiet, auf dem über 934.000 Palästinenser leben und existieren müssen. Auch in der Westbank ist alles beim alten geblieben. Deshalb muß der durch die Abkommen erzielte diplomatische Erfolg Israels nur etwas geringer bewertet werden als der der Staatsgründung von 1948, die Niederlage der Palästinenser dagegen als total.

Folgendes Resümee eines Workshops, der von der israelischen Menschenrechtsorganisation HAMOKED am 7. November 1995 im Ambassador-Hotel in Ostjerusalem veranstaltet worden ist, beschreibt die Realität vor Ort und sei deshalb hier zitiert: "Die Vereinbarungen haben die tatsächliche Kontrolle der meisten Aspekte des täglichen Lebens der Palästinenser in israelischer Hand gelassen. Durch die Beibehaltung der direkten Befugnis über die Reisefreiheit - durch Ein- und Ausreisegenehmigungen -, die Aufenthaltsgenehmigung und die Erlaubnis zur Familienzusammenführung kontrolliert Israel auch zentrale Bereiche der Wirtschaft, der Gesundheit, der Berufsausübung, des Familienlebens und der Kultur im allgemeinen. Extensive Macht der israelischen Sicherheitsdienste und dauerhafte Abriegelungen unterstreichen und verschlimmern nur diese Situation. Die Grundlage der Menschenrechtssituation in diesem Gebiet, zusammen mit dem Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen bleibt die gleiche, unberührt durch die Abkommen."⁷

Falls die Verhandlungen über den endgültigen Status von Israels Regierung unter Ministerpräsident Netanjahu wieder aufgenommen werden, wird Arafat jeglicher politischen Druckmittel beraubt sein und den Realitäten ins Auge sehen müssen. Erst dann geht es um Wesentli-

ches: Jerusalem, die Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1967, die Eigenstaatlichkeit, die Entschädigung u. v. m. Jetzt werden die Palästinenser auf die wohlwollende Zustimmung Israels angewiesen sein, und die zählt in den internationalen Beziehungen wenig, wo es um die Durchsetzung von nationalen Interessen und Machtpolitik geht. Da Israel in der dominanten Position ist, braucht es auch keine substantiellen Konzessionen zu machen. Sollte das Land einen Friedensvertrag mit Syrien abschließen, wird die Lage der Palästinenser noch aussichtsloser, als sie jetzt schon ist. Dann braucht Israel gegenüber den Palästinensern gar keine Zugeständnisse mehr zu machen, weil diese auch noch den letzten Fürsprecher verloren haben werden. Ebenso werden die USA dann jegliches Interesse an den Palästinensern verloren haben und überhaupt keinen Druck mehr auf Israel ausüben. Politische Zugeständnisse der palästinensischen Seite wurden bisher sowieso nicht durch israelische Großzügigkeit beantwortet.

Das Dilemma, in dem sich Arafat befindet, ist offensichtlich. Je öfter er gegenüber Israel nachgeben muß, desto schwächer wird seine Position innerhalb der palästinensischen Gesellschaft, desto öfter muß er zu repressiven Maßnahmen gegenüber der eigenen Bevölkerung greifen. Aufgrund dieser heiklen Lage hat die Kritik der Opposition einige Plausibilität für sich. Sie wirft Arafat vor, "Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel" zu sein. Der Sprecher von Hamas, Mahmud Zahar, bezeichnet die Vereinbarungen von Oslo als ein reines "Sicherheitsabkommen zugunsten Israels, um ein Abkommen, welches die Besetzung keineswegs beende, sondern ihre Fortsetzung rechtfertige, ihr einen Schein von Legalität verleihe und Israel gegen internationale Kritik absichere". Dies zeigt deutlich, in welcher absurden Situation Arafat sich befindet. Daß sich weder Hamas noch die säkulare Opposition an den Wahlen beteiligt haben, war ein großer politischer Fehler. Ihre Legitimation ist dadurch geschwächt. Sollten sie nicht völlig in der Bedeutungslosigkeit versinken, müssen sie sich an den geplanten Kommunalwahlen beteiligen, was Hamas und auch Teile der säkularen Opposition angekündigt haben. Arafat hat seinen Wahlkampf nicht mit den Abkommen bestritten, sondern mit Parolen über die Schaffung eines Palästinenserstaates und der Rückkehr der Flüchtlinge. Beides wird von Israel vehement abgelehnt und ist völlig unreal. Da sich beide Parteien offiziell in einem Friedensprozeß befinden, brauchte man sich über die Lage der Menschen-

rechte keine Sorgen mehr machen. Zu dieser Sorglosigkeit besteht aber kein Anlaß.

Die Menschenrechte im Friedensprozeß

In seiner nun schon 29 Jahre dauernden Besatzungszeit hat Israel die Menschenrechte der Palästinenser auf das schwerste verletzt.⁸ Palästinensische Terrorkommandos hatten immer wieder unschuldige Israelis getötet; dies benutzte die israelische Regierung als Rechtfertigung für ihr übertriebenes "Sicherheitsbedürfnis" und die damit einhergehenden illegalen Maßnahmen. Eine Demokratie kann sich aber auf Dauer solche Argumente nicht leisten, weil die Menschenrechtsverletzungen langfristig auch die demokratischen Strukturen Israels erodieren lassen. Es hat sich gezeigt, daß das Sicherheitsargument nur als ein Vorwand genutzt wurde, um die Palästinenser politisch zu unterdrücken und ökonomisch auszubeuten. Auch seit der Unterzeichnung der "Prinzipienerklärung" 1993 ist keine wesentliche Verbesserung der Lage der Menschenrechte eingetreten. In einigen Bereichen ist sogar eine Verschlechterung zu beobachten, wie bei der Beschlagnahme von Land. Daneben werden weiterhin Häuser zerstört, Gefangene gefoltert, sogenannte "gesuchte Personen" durch "Todesschwadronen" liquidiert, unliebsame Palästinenser entweder im Ausland oder in den autonomen Gebieten ermordet, Ausgangssperren verhängt, die besetzten und autonomen Gebiete abgeriegelt, Palästinensern der Zugang zu Ostjerusalem seit März 1993 versagt, die Ein- und Ausreise von Palästinensern verweigert, die Familienzusammenführung verhindert u. v. m.⁹ Da keine ausländische Macht Israel wegen seines Verhaltens in der Menschenrechtsfrage kritisiert, braucht das Land seine Prioritäten auch nicht zu ändern. Leider gibt es in Israel¹⁰ und Deutschland¹¹ nur wenige Menschen, die nach Oslo weiter die Rolle Israels zu Recht kritisieren.

Durch die Etablierung der palästinensischen Behörde hat sich die Lage der Palästinenser aber noch verschlimmert. Sie haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Da Arafat nach Auffassung der Israelis für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in seinen Enklaven zu sorgen hat, ging er sofort daran, einen umfassenden Sicherheitsapparat aufzubauen. Seine sechs Geheimdienste haben von ihrem Vorbild, dem israelischen Inlandsgeheimdienst Schin Bet, gelernt. So werden Palästinenser eingeschüchert, bedroht, willkürlich gefangengenommen und

mißhandelt. Sechs Palästinenser wurden schon vom eigenen Geheimdienst zu Tode gefoltert. Die freie Arbeit von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen ist nicht mehr gewährleistet. Rechtsanwalt Raji Sourani vom "Gaza Center for Rights and Law" und Jan Abu Schakrah vom "Palestine Human Rights Information Center" wurden kurzerhand abgesetzt, weil sie es gewagt haben, Arafats Vorgehen zu kritisieren. Insbesondere das auf Druck der USA und Israels eingerichtete Staatssicherheitsgericht ist ein Skandal. Diesem ominösen "Gericht" sitzen inkompetente Militärs vor. Es gibt keinerlei Protokolle, die Gefangenen wissen bis kurz vor der Verhandlung nichts über die Vorwürfe, es sind keine Anwälte zugelassen, und das Gericht tagt fast ausschließlich nachts, da es sich tagsüber in den Fall einarbeiten müsse, wie es der palästinensische Generalstaatsanwalt Khaled al-Qidrah nennt. Das Gericht verhängt drakonische Strafen, gegen die es keine Einspruchsmöglichkeit gibt, sondern nur die Gnade Arafats. Durch dieses Gericht werden selbst die minimalsten Standards für einen fairen Prozeß verletzt.¹² In den autonom-besetzten Gebieten herrscht nicht Rechtssicherheit, sondern Chaos, Willkür, Unterdrückung und völlige Rechtsunsicherheit. In Anbetracht dieser Lage klingt der Terminus "befreite Gebiete" für die Städte der Westbank wie purer Zynismus. Für Israel und die palästinensische Behörde gilt: Für den Frieden müssen die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Überspitzt formuliert: Für den Frieden darf gefoltert werden!

Bantustan oder Ausstieg?

Wenn Israel seine Vorstellungen in diesem "Friedensprozeß" durchgesetzt haben wird, werden die Israelis fast 100 Prozent der palästinensischen Bevölkerung los sein, aber nur 30 Prozent des Territoriums. Gleich wie das palästinensische Gebilde auch aussehen mag, es wird "ein palästinensischer Staat sein", so etwas zynisch der ehemalige Umweltminister Josef Sarid. Ministerpräsident Schimon Peres gab am 22. November 1995 in "ha-Arez" folgendes zu Protokoll: "Der Palästinenserstaat wird nur im Gaza-Streifen und Jericho gegründet, während der Rest der Westbank auf absehbare Zeit - und ich meine eine sehr lange Zeit - nur ein autonomes Gebiet bleiben wird, das vielleicht in eine Konföderation eingebunden sein wird."

Für Israel haben sich die Abkommen schon vielfach ausgezahlt. Das Land wurde aus seinem Paria-Status in der Region enthoben. Jor-

danien hat einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen und der Golf-Kooperationsrat den Wirtschaftsboykott aufgehoben. Israel hat in Tunesien und Marokko Verbindungsbüros eingerichtet. Ende Oktober 1994 wurde Israel zur arabischen Wirtschaftskonferenz ins marokkanische Casablanca geladen; die Palästinenser waren hier nur Zaungäste. Auf dem Nahost-Nordafrika-Wirtschaftsgipfel Ende Oktober 1995 in Amman zogen Israel und die PLO aber bereits an einem Strang, was die Einrichtung einer regionalen Entwicklungsbank anbelangte. Die EU hat am 20. November 1995 das von Israel langersehnte Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Fairerweise sollte man ein solches Abkommen auch mit den Palästinensern abschließen, da sie seit 29 Jahren von Israel ökonomisch ausgebeutet werden. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Ländern, die bisher noch Vorbehalte gegenüber Israel hatten, ist erfolgt. Bis zur Madrider Friedenskonferenz hatte Israel nur zu 62 Staaten diplomatische Beziehungen, heute sind es 153. Die Abkommen haben Israel den Weg zur dominierenden Wirtschafts- und Militärmacht in der Region geebnet.

Unter dem Vorwand der "Sicherheit" wird die palästinensische Wirtschaft weiterhin von Israel stranguliert. Infolge der hohen Hürden, die die Israelis gegenüber den palästinensischen Produzenten aufgebaut haben, sind die Transporte von Gaza nach Jerusalem teurer als die nach Europa. Vom freien Handel kann nicht gesprochen werden. Zu oft verrotten landwirtschaftliche Produkte am Kontrollpunkt Erez im Gaza-Streifen, weil Israel die Fahrzeuge nicht einreisen läßt. Israel verhindert einen Warenaustausch zwischen den Autonomiegebieten und den anderen arabischen Staaten. Das israelisch-jordanische Wirtschaftsabkommen ermöglicht, daß "when Israel decides to import any fresh agricultural products, it will give top priority to Jordan if (Jordan) is producing these imports. In this case, the Jordanian experts will not pay customs. Israel will do its best to offer access and facilities to enable the Jordanian exports to reach the Self-Rule areas." Gemäß diesem Abkommen hat Israel das Sagen unter den drei Partnern. Für die Palästinenser gibt es kein wirtschaftliches Menschenrecht, d. h. zu investieren, zu sparen und freien Handel zu treiben. Die Palästinenser sind das Trojanische Pferd für die Integration der Israelis in den arabischen Markt.

Was bleibt für die Palästinenser, und welche Konsequenzen hat Oslo? Mit der Anerkennung Israels haben die Palästinenser die amerikanisch-israelische Dominanz im Nahen Osten anerkannt. Mit dem Abkommen werden die Rechte der Palästinenser, die in den letz-

ten 20 Jahren von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt worden sind, als ein Problem des Völkerrechts aufgegeben und zu einer Frage von bilateralen Verhandlungen gemacht. Die PLO hat den Siedlungen eine Legitimität gegeben, die sie vorher nie hatten. Ihr Ausbau hat sich nach Oslo beschleunigt. Die Palästinenser haben freiwillig ihrer eigenen Bantustanisierung zugestimmt. Das Flüchtlingsproblem ist nicht mehr eine Frage des Völkerrechts, sondern muß bilateral geregelt werden. In direkten Verhandlungen werden die USA und Israel weiteren Druck auf die Palästinenser ausüben. Entweder erhalten die Flüchtlinge von 1948 permanenten Status in ihren Gastländern, oder sie werden weiter zerstreut. Die palästinensische Gesellschaft ist auf dem Weg zu einer Militarisierung. Die PLO hat sich von der amerikanischen Rhetorik eines "ehrlichen Maklers" täuschen lassen, anstatt die USA als eigene Macht mit eigenen Interessen zu sehen. Die PLO hängt diplomatisch von Ägypten ab, hat sich von Syrien und dem Libanon entfremdet und steht im Wettbewerb mit Jordanien um die Gunst Israels. Arafat kann von der neuen israelischen Regierung nur dann mit Zugeständnissen rechnen, wenn er den Sicherheitsvorstellungen Israels entspricht und diese gegenüber seiner eigenen Bevölkerung durchsetzt, was auf Kosten der Demokratie und der Menschenrechte geht. Nach den Terroranschlägen vom Februar und März 1996 haben Israel und die PLO-Administration zirka tausend Hamas-Aktivisten verhaftet. Israel steckte die meisten von ihnen in Verwaltungshaft, und in Arafats Gefängnissen warten sie auf einen Prozeß, der gegen alle internationalen Normen verstößt.

Fazit und Ausblick

Arafat hat es endlich geschafft, das Odium - der alle "Terroristenlisten der USA Zierenden" - abzulegen. Er hat sich nichts sehnlicher gewünscht, als von Bill Clinton, Jacques Chirac, Helmut Kohl und der Harvard-Universität empfangen und eingeladen zu werden. Sein treibendes Motiv war, als "Präsident Palästinas" und nicht als "Terrorist" in die Geschichte einzugehen.

Es wird für die Palästinenser in den vorausliegenden Verhandlungen sehr schwer werden, von Israel Zugeständnisse zu erhalten, weil das Land sich auf sein Konzept der funktionierenden Teilung der Macht zwischen Israel, der Autonomiebehörde und einer Konföderation zwischen Israel, Jordanien und den Palästinensern besinnt. Große

Teile des Likud-Blocks und der extremen Rechten in Israel können sich mit diesem Plan identifizieren. Es ist sowieso völlig unverständlich, warum die Rechtsextremisten gegen die Rabin-Regierung Sturm gelaufen sind und den Ministerpräsidenten ermordet haben, obwohl er ihr letzter Interessenvertreter war. Rabin galt als der "hohe Priester" des Sicherheitsdenkens und des Sicherheitsestablishments. Die Palästinenser haben mit dem "Interimabkommen" die Siedlungen de facto - wenigstens für einen längeren Zeitraum - anerkannt. Wie kommentierte zu Recht Schalom Jeruschalmi in Maariv vom 29. November 1995: "Das endgültige Abkommen wird mehr oder weniger eine Kopie des Interimabkommens (Oslo II) sein - plus oder minus einer Anzahl von Siedlungen, die in Cluster zusammengefaßt werden, die unter israelische Souveränität kommen." Wie sagte einst ein hoher israelischer Minister: "Wir bauen keine Umgehungsstraßen, um sie in zwei oder drei Jahren wieder abzureißen."

Nach der Regierungsübernahme durch den Likud-Block und seine religiösen Koalitionspartner werden die Palästinenser es schwer haben, für ihre Interessen Gehör zu finden. Alle Äußerungen des neuen israelischen Ministerpräsidenten lassen wenig Positives für die Palästinenser erwarten. Allein die Zusammensetzung des israelischen Kabinetts, in dem der Vorsitzende der Nationalreligiösen Partei, Zevulun Hammer, Verteidigungsminister Jizchak Mordechai und Ariel Scharon als "Infrastrukturminister", beide vom Likud, und Raphael Eitan von Zomet sitzen, zeigt, wohin sich Israel entwickeln wird. Bei einer solch rechtsnationalistischen Ausrichtung dürfte es auch der direkt gewählte Ministerpräsident nicht leicht haben. Ob er wirklich ein "Pragmatiker" ist, wird die Zukunft zeigen; große Zweifel sind aber angebracht. Alle Indizien weisen daraufhin, daß das israelisch-palästinensische Problem auf machtpolitischem Wege "gelöst" wird. Ob dies aber eine dauerhafte Lösung darstellt, entscheidet die Geschichte. Langfristig jedenfalls liegt ein souveräner Palästinenserstaat, der diesen Namen verdient, im nationalen Interesse Israels und kein Bantustan á la Südafrika.